

Niederschrift über die 33. Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen am 30.01.2025, 18:00 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Thomas Bücking	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Kirsten Fabry	FDP	
Herr Josef Flögel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr André Kretschmer	SPD	
Herr Bernhard Lammerding	CDU	Vertretung für Herrn Gerrit Tranel
Herr Christoph Micke	CDU	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Herr Peter Sokol	Aktiv für Coesfeld	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	anwesend bis 19:45 Uhr
Herr Lars Vogel	CDU	Vertretung für Herrn Holger Weiling
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Herr Johannes Warmbold	CDU	
Herr Christoph Wolfers	Bündnis 90/Die Grünen	
Verwaltung		
Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg	Bürgermeisterin	
Frau Kathrin Beunings	FB 60	
Ralf Brinkmann		
Herr Philipp Hänsel		
Herr Burkhard Hemmann		
Herr Holger Ludorf	FB 60	

Schriftführung: Frau Kathrin Beunings

Herr Thomas Bücking eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:10 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Umgestaltung des Grenzweges: Ergebnisse der Anliegerbeteiligung, Beschluss der Planung
Vorlage: 342/2024
- 3 Bebauungsplan Nr. 167 "Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege"
Vorlage: 001/2025
- 4 Bebauungsplan Nr. 166 "Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße"
Vorlage: 004/2025
- 5 Bebauungsplan Nr. 168 "Wohnquartier zwischen Holtwicker Straße und Völkers Röttchen"
Vorlage: 005/2025
- 6 Bebauungsplan Nr. 8a "Parkdeck Mittelstraße"
Vorlage: 013/2025
- 7 Bebauungsplan Nr. 153 "Neuordnung Gewerbegebiet Königsbusch" – Aufhebung Satzungsbeschluss und Beschluss zur 2. Erneuten Beteiligung
Vorlage: 015/2025
- 8 Bebauungsplan Nr. 147 "Wohngebiet Kalksbecker Heide"
Vorlage: 017/2025
- 9 Antrag der SPD-Fraktion : Priorisierung des Prinzips der Schwammstadt
Vorlage: 012/2025
- 10 Sachstandsinformation Sperrung Feldweg
Vorlage: 016/2025
- 11 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Aktuelles aus der Bauaufsicht, der Stadtplanung und des Gestaltungsbeirats
Vorlage: 018/2025
- 3 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Eine Mitteilung des Ausschussvorsitzenden liegt nicht vor.

Herr Hänsel stellt zwei Punkte aus dem letzten Protokoll der Sitzung vom 28.11.2024 klar.

1. Herr Wolfers wurde unter TOP 2 wie folgt zitiert: *„Weiter fragt Herr Wolfers nach, ob die Promenade an das Mobilitätskonzept anschließen könne.“*

Dies war falsch und Herr Wolfers bat um Richtigstellung. Herr Wolfers bat vielmehr darum, dass die Bauherren ein Mobilitätskonzept vorlegen sollen, damit der Autoverkehr dort nicht steige. Möglich wäre der Nachweis von Stellplätzen außerhalb des Quartiers bzw. dass Anreize geschaffen werden, damit Mieter auf das Auto verzichten.

2. Herr Hänsel berichtet weiter, *dass sich Herr Bücking zu TOP 12 erstaunt zeigte, dass der Personalkostenansatz beim Bauhof für 2025 gegenüber 2024 sinke.*

Herr Hänsel teilt mit, dass eine Antwort im Haupt- und Finanzausschuss bzw. Protokoll erfolge.

Antwort im Protokoll: „Die Verwaltung prüft den Sachverhalt und kann aktuell keine Stellungnahme abgeben. Sie wird dem Ausschuss nach erfolgter Prüfung des Sachverhalts darüber informieren.“

Herr Hänsel erläutert ergänzend, dass zur Beantwortung der Fragestellung auf die Vorlage 337/2024/1 verwiesen werde. In der endgültigen Fassung des Haushaltes steige der Personalkostenansatz des Baubetriebshofes somit erwartungsgemäß an.

Nach einer gestrigen Rückfrage im Umweltausschuss bzgl. des Beschlusses aus der Vorlage 155/2024 „Verkehrsregelung am Wiemannweg“ erläutert Herr Ludorf anhand einer Präsentation die Führung des Wiemannweges mit den Querungen Schützenring und Katthaggen. Diese werden zusammen mit der Handlungsempfehlung und dem Masterplan geprüft.

Herr Brinkmann informiert die Ausschussmitglieder über die Verzögerung der Baumaßnahmen am Schulzentrum. Er erläutert den Mitgliedern vorab die Ausgangslage. Im 1. Bauabschnitt sei es zu Verzögerungen von insgesamt 5 Monaten aufgrund der verspäteten Türlieferungen sowie u.a. zu Verzögerungen bei der Küchenabdichtung gekommen.

Im 2. Bauabschnitt sei es zu einer Verzögerung von rund 3 Monaten gekommen.

Die Folgen der längeren Bauzeiten seien leider nur mit einer Interimslösung möglich. Die Fertigstellung des 2. Bauabschnitts sei für den Sommer 2025 geplant. Als Interimslösung werde eine Containeranlage auf der Grünfläche hinter dem Freibad aufgestellt. In der Anlage werden sowohl Klassenräume wie auch Fachräume untergebracht.

Im ursprünglichen Kostenrahmen sei die Containeranlage bereits veranschlagt worden, die Verwaltung habe aber gehofft, dass die Aufstellung der Anlage nicht benötigt werde.

TOP 2	Umgestaltung des Grenzweges: Ergebnisse der Anliegerbeteiligung, Beschluss der Planung Vorlage: 342/2024
-------	---

Herr Warmbold teilt für die CDU-Fraktion mit, dass die Fraktion grundsätzlich für die Umgestaltung sei, die Fraktion sich aber Gedanken über die Kosten mache.

Herr Wolfers lobt die Verwaltung und teilt mit, dass dies ein guter Einklang zwischen Bürger, Anwohnern und dem Baumschutz sei.

Er fragt nach, ob es sich bei den Bordsteinen um schräge Bordsteine handele.

Herr Ludorf teilt mit, dass es sich um einen abgesenkten Bordstein handele und nicht um einen Schrägbordstein. Die Einbahnstraße werde für Radfahrer freigegeben.

Beschlussvorschlag 1:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Anlieger vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 3 beschlossen.

Beschlussvorschlag 2:

Zur Geschwindigkeitsreduzierung wird wie in der als Anlage 4 beigefügten Planung eine Plateauaufpflasterung eingebaut.

Alternativ:

Auf den Einbau einer Plateauaufpflasterung wird verzichtet. Die Planung ist in diesem Punkt entsprechend anzupassen.

Beschlussvorschlag 3:

Die als Anlage 4 vorgelegte Planung wird unter Berücksichtigung der Entscheidungen zu den Beschlussvorschlägen 2 und 3 als Grundlage der Umgestaltung bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung weiter auszuarbeiten, die Maßnahme auszuschreiben und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	13	0	0
Beschluss 2 (erster Teil)	2	11	0
Beschluss 3	13	0	0

Über den „Beschluss 2 Alternativ“ wurde nicht abgestimmt, da eine Abstimmung zu Beschluss 2 (erster Teil) erfolgte.

TOP 3	Bebauungsplan Nr. 167 "Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege" Vorlage: 001/2025
-------	---

Herr Hemmann erläutert, dass die Abstimmungsgespräche zwischen der Verwaltung und dem Abwasserwerk erfolgreich seien und die Entwässerung in diesem Gebiet gesichert sei und das Verfahren somit weiter voranschreiten kann.

Herr Bücking fragt nach, ob dies auf alle in der Tagesordnung aufgeführten Veränderungssperren zutreffe.

Herr Hemmann verneint dieses.

Herr Wolfers fügt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hinzu, dass er die Klimarelevanz eher positiv sehe, aber die Bürger leider kaum noch Verständnis für die vielen Veränderungssperren haben und sich wünschen, dass die Gebiete schneller bearbeitet werden. Ein Bürokratieabbau sei dringend notwendig.

Auf Nachfrage zu möglichen Bautätigkeiten erläutert Herr Hemmann, dass grundsätzlich geschaut werden müsse, wie groß diese Auswirkungen seien. Bei einer energetischen Sanierung oder einem kleineren Anbau an einem bestehenden Gebäude würden Befreiungen von der Veränderungssperre im Sinne der Bürger geprüft.

Da es aber um potentielle weitere Versiegelung in einem größeren Planbereich gehe, muss eine einheitliche Bewertung gesichert sein und deswegen wird die Verwaltung das B-Plan-Verfahren weiter voran treiben.

Die Offenlage des B-Planes sei zu Februar geplant.

Der Satzungsbeschluss soll eventuell im April, spätestens jedoch im Juli zur Ratssitzung erfolgen.

Es besteht Einigkeit unter den Mitgliedern des Ausschusses, dass eine Veränderungssperre nicht zu oft gegriffen werden solle und dass das ständige Verlängern nicht gut sei. Eine Bebauung nach § 34 BauGB sei aber auch nicht im Interesse der Bürger.

Beschlussvorschlag:

Die Verlängerung der Veränderungssperre für den gesamten Geltungsbereich des sich in der Aufstellung befindenden Bebauungsplans Nr. 167 „Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege“ um ein weiteres Jahr gemäß § 17(2) BauGB wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
Beschluss	11	0	1	1

Frau Fabry erklärt sich als befangen und nimmt an der Diskussion sowie an der Abstimmung nicht teil.

TOP 4	Bebauungsplan Nr. 166 "Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße" Vorlage: 004/2025
-------	--

Herr Hemmann erläutert, dass es sich bei dem Bebauungsplan Nr. 166 „Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße“ zeitlich anders verhalte, als bei dem zuvor erläuterten Bebauungsplan Nr. 167 „Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege“. Nach Rücksprache mit dem Abwasserwerk wird sich dieses nach dem Bebauungsplan Nr. 168 um die Erstellung des Baugrundgutachtens kümmern. Die Offenlage wurde bereits durchgeführt. Die Veränderungssperre werde somit nicht ein Jahr laufen.

Beschlussvorschlag:

Die Verlängerung der Veränderungssperre für den gesamten Geltungsbereich des sich in der Aufstellung befindenden Bebauungsplans Nr. 166 „Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße“ um ein weiteres Jahr gemäß § 17(2) BauGB wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	12	0	1

TOP 5	Bebauungsplan Nr. 168 "Wohnquartier zwischen Holtwicker Straße und Völkers Röttchen" Vorlage: 005/2025
-------	---

Herr Hemmann informiert die Ausschussmitglieder, dass die Bodenuntersuchungen in dieser Woche beginnen sollen und somit ein Bericht in ca. 3-4 Wochen zu erwarten sei. Sollten sich daraus Festsetzungen ergeben, werden diese im B-Plan aufgenommen. Nach der Bodenuntersuchung wäre ein Genehmigungsstand nach § 33 BauGB erreicht und für die Bürger könne dann eine Ausnahme von der Veränderungssperre erteilt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verlängerung der Veränderungssperre für den gesamten Geltungsbereich des sich in der Aufstellung befindenden Bebauungsplans Nr. 168 „Wohnquartier zwischen Holtwicker Straße und Völkers Röttchen“ wird um ein weiteres Jahr gemäß § 17 (2) BauGB wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	12	0	1

TOP 6 Bebauungsplan Nr. 8a "Parkdeck Mittelstraße" Vorlage: 013/2025
--

Herr Warmbold teilt für die CDU-Fraktion mit, dass ein erheblicher Klärungsbedarf zu der Vorlage bestehe. Die Frage, ob der Parkplatzbedarf überhaupt benötigt werde, müsse vorab gestellt werden. Ebenfalls stellt sich die Fraktion die Frage, wie hoch die Kosten für eine hybride Lösung bzw. für die Aufdopplung des Parkdecks seien.

Herr Hemmann stellt die grobe Kostenschätzung für die hybride Lösung 1.3 per Videoeinblendung zur Verfügung.

Herr Hänsel erläutert, dass die hybride Variante dem Ausschuss damals vorgestellt worden sei und auch eine grobe Kostenschätzung vorgestellt wurde. Die Verwaltung wünsche sich, dass der B-Plan auf den Weg gebracht werde.

Grundsätzlich sei dieser Standort sehr attraktiv für eine Lösung aus Wohnen/Dienstleistung und Parken. Die Verwaltung würde diese Variante favorisieren.

Änderungen werden sich jedoch durch die Errichtung des neuen Parkhauses des Kreises ergeben.

Herr Ludorf erläutert anhand einer Präsentation, wie der Bestand heute sei und erläutert den damaligen Entwurf mit 2,5 Ebenen und 86 Stellplätzen. Da Stellplätze in dieser Variante wegfallen, habe die Verwaltung für diese Variante keine Kosten ermittelt.

Herr Warmbold fragt nach, was mit der Planung aus 2006 sei. Durch die Schaffung einer 2. Ebene sei es möglich, 70 weitere Stellplätze zu schaffen. So sei es aus der Vorlage zu entnehmen.

Herr Stallmeyer fügt für die SPD-Fraktion hinzu, dass ein gültiges Baurecht für die Aufstockung bestehe. Die SPD habe damals die hybride Variante beantragt und um eine entsprechende Studie gebeten. Die Erarbeitung des B-Plans stelle die maximale Forderung dar. Er stelle sich die Frage, wie lange es dauern werde, bis die weiteren Prüfungen und Zählungen erfolgt seien und ob nicht dennoch der max. B-Plan ausgearbeitet werden könnte.

Herr Hänsel antwortet, dass die max. Lösung im B-Plan-Verfahren ermöglicht werden solle und parallel eine Zählung erfolge, wenn das Parkhaus des Kreises errichtet sei und sich etabliert habe.

Herr Wolfers stellt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Wirtschaftlichkeit des Parkhauses in Frage. Er wünsche sich, dass neben der Zählung auch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung erfolge. Er begrüße, dass dort auch Wohnraum geschaffen werde, wünsche sich jedoch auch geförderten Wohnraum.

Herr Volmer schließt sich an und teilt mit, dass auch die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. für eine offene Wohnbebauung sei und der Boden für eine reine Stellplatzlösung zu wertvoll sei. Er fügt hinzu, dass es bekannt sein sollte, wie viele Stellplätze durch die Christophorus-Klinken im Parkhaus an der Kreisverwaltung benötigt werden.

Herr Hemmann teilt mit, dass 50 Stellplätze für die CTC vorgesehen seien.

Herr Warmbold wünscht sich für die CDU-Fraktion, dass der TOP vertagt werde und die Kosten nochmals gespiegelt werden.

Herr Stallmeyer fügt für die SPD-Fraktion hinzu, dass er eine Wirtschaftlichkeitsprüfung nicht mehr für erforderlich sehe. Die Stellplätze, die in der Innenstadt entnommen wurden, müssen an dieser Stelle ersetzt werden. Leider rechne sich ein Parkdeck wirtschaftlich nie. Er fügt hinzu, dass der B-Plan auf den Weg gebracht werden solle.

Frau Diekmann-Cloppenburg teilt mit, dass sie eine Wirtschaftlichkeitsprüfung für zu früh halte. Die Parkgebühren seien erst einmal mit 1,40 EUR veranschlagt und bestätigt, dass die grundsätzliche Richtung der Verwaltung auch eine Lösung aus Wohnen und Parken sei.

Herr Flögel fügt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hinzu, dass Wohnen und Parken nicht gemischt werden sollte. Eine hybride Variante mache die Sache nur komplizierter und teurer.

Herr Hänsel antwortet, dass der umbaute Raum nicht Wohnen sein muss, sondern auch Dienstleistung sein könnte.

Nach weiterer Diskussion erläutert Herr Ludorf, dass die wesentliche Änderung zur Planung im Jahre 2006 dahingehend bestehe, dass die Flächen im Norden mit eingerechnet wurden und diese inzwischen nicht mehr im Eigentum der Stadt seien.

Herr Bücking fügt abschließend hinzu, dass eine Aufarbeitung der Vorlage bis zur Ratssitzung, besser vorher, zu erfolgen habe.

Herr Warmbold zieht seinen Antrag zurück.

Herr Wolfers stellt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag, dass neben der Untersuchung des genauen Parkplatzbedarfes auch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung erfolge.

Beschlussvorschläge:

Es wird beschlossen, auf dem Flurstück Coesfeld-Stadt 37/250 eine hybride Lösung aus Wohnen und Parken zu ermöglichen. Die Verwaltung wird beauftragt, über den B-Plan Nr. 8a „Parkdeck Mittelstr.“ entsprechendes Planungsrecht für die Variante 1.3 zu schaffen.

Beschlussvorschlag 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, den genauen Parkplatzbedarf mittels einer Untersuchung zu ermitteln. Das Ergebnis ist der Politik vorzustellen und darauf aufbauend die notwendige Größe des Parkraumes zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 (vertagt bis zur Ratssitzung)	12	0	1
Beschluss 2	13	0	0
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	11	0

TOP 7	Bebauungsplan Nr. 153 "Neuordnung Gewerbegebiet Königsbusch" – Aufhebung Satzungsbeschluss und Beschluss zur 2. Erneuten Beteiligung Vorlage: 015/2025
-------	---

Die Mitglieder stimmen ohne Wortmeldungen über die Beschlüsse ab.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, den Satzungsbeschluss vom 14.12.2023 aufzuheben.

Beschlussvorschlag 2:

Die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 (1) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 6 vorläufig beschlossen.

Beschlussvorschlag 3:

Die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 7 vorläufig beschlossen.

Beschlussvorschlag 4:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 8 vorläufig beschlossen.

Beschlussvorschlag 5:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 9 vorläufig beschlossen.

Beschlussvorschlag 6:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der erneuten Offenlage gemäß § 4a (3) BauGB seitens der Öffentlichkeit und seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert wurden (s. Anlage 15).

Beschlussvorschlag 7:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 4 (2) BauGB an der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 153 „Neuordnung Gewerbegebiet Königsbusch“ erneut zu beteiligen. Dabei können Stellungnahmen gem. § 4a (3) Satz 2 BauGB nur zu den geänderten und ergänzten Teilen des Bebauungsplanes (s. Änderungsübersicht und rote textliche Hervorhebungen) abgegeben werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlüsse 1 bis 7	13	0	0

Es besteht Einigkeit unter den Mitgliedern des Ausschusses, dass über die Beschlüsse 1 bis 7 en bloc abgestimmt werde.

TOP 8	Bebauungsplan Nr. 147 "Wohngebiet Kalksbecker Heide" Vorlage: 017/2025
-------	---

Herr Hemmann erläutert, dass sich Fragen bzgl. der Straßenausbauhöhen ergeben haben. Ggf. werde eine Ergänzungsvorlage für die Ratssitzung vorbereitet.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) – in der zurzeit gültigen Fassung – die 1. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 147 „Wohngebiet Kalksbecker Heide“ durchzuführen.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB an der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 147 „Wohngebiet Kalksbecker Heide“ zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlüsse 1 und 2	13	0	0

Es besteht Einigkeit, dass über die Beschlüsse 1 und 2 en bloc abgestimmt werde.

TOP 9	Antrag der SPD-Fraktion : Priorisierung des Prinzips der Schwammstadt Vorlage: 012/2025
-------	--

Herr Kretschmer erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und teilt mit, dass man sich mit diesem Thema vertieft beschäftigen sollte, denn der Klimawandel wirke sich immer mehr aus und der Bedarf nach einer Auseinandersetzung mit dem Thema immer weiter steige. Leider sei eine Ingenieursstelle beim Abwasserwerk immer noch nicht besetzt.

Auch Herr Warmbold sehe die Problematik für die CDU-Fraktion, aber sie wollen es sich bei den einzelnen B-Plänen nicht aus der Hand nehmen lassen und fügt hinzu, dass er die zusätzliche Aufnahme für überflüssig sehe und man sich die Mehrbelastung in der Verwaltung sparen könne.

Herr Flögel fügt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hinzu, dass sie den Impuls für wichtig und richtig sehen. Hochwasserschutz sei sehr wichtig und die Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Herr Volmer teilt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. mit, dass diese Sachen im Klimaschutzkonzept enthalten seien und sich die Wählergemeinschaft heute enthalten werde.

Des Weiteren wurde gefragt, ob Spielplätze nicht auch als Wasserrückhalteflächen bei Starkregen genutzt werden können.

Herr Hänsel erläutert, dass man das in den neuen Aufstellungen der Bebauungspläne mit aufnehmen könne, z.B. beim Kapuzinerquartier. Ohne eine Änderung im B-Plan könne man aber von den Gestaltungsfestsetzungen nicht abweichen.

Herr Bücking fügt abschließend hinzu, dass über den alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt werde.

Beschlussvorschlag (Antrag der SPD-Fraktion):

Der Unterausschuss beschließt, dem Rat folgenden Beschluss zu empfehlen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in Coesfeld das nachhaltige Prinzip der Schwammstadt zugrunde zu legen.

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in Coesfeld das nachhaltige Prinzip der Schwammstadt zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung	4	0	9

Herr Bücking lässt über den alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

TOP 10 Sachstandsinformation Sperrung Feldweg Vorlage: 016/2025
--

Herr Hänsel erläutert, dass nach Rücksprache mit dem Fachbereich 30 keine Ergänzung zum Sachverhalt gemacht werde. Der alternative Vorschlag der SPD sei nicht in Ordnung und die Verwaltung bleibe bei ihrem Vorschlag.

Für die Zuschauer auf der Empore erläutert Herr Hänsel den Sachverhalt und stellt klar, dass das Ziel nicht die Geschwindigkeitsregulierung sei, sondern eine Verhinderung der Durchfahrt, und dass die Bodenwellen entsprechend nicht zielführend seien.

Herr Stallmeyer fügt für die SPD-Fraktion hinzu, dass die Sperrung nicht notwendig sei und dass die damit verbundene Verlagerung auf den Buchholzweg nicht zielführend sein könne. Die Sinuswellen seien für den Autofahrer so, dass man automatisch langsamer fahren würde.

Herr Warmbold unterstützt den Antrag für die CDU-Fraktion und ist ebenfalls gegen die Sperrung.

Auch Herr Volmer sieht die Sperrung als letztes Mittel.

Herr Hänsel erläutert, dass es einen Ratsbeschluss für die Aufstellung der Poller gebe und wenn das jetzt anders gewünscht werde, die Verwaltung einen Auftrag aus der Politik erhalten müsse.

Herr Sokol teilt für die Fraktion Aktiv für Coesfeld mit, dass die Fraktion die Sperrung für richtig sehe.

TOP 11 Anfragen

Frau Fabry fragt für die FDP-Fraktion nach, ob die Aufstellung der Containeranlage nur für das Nepomuc nötig sei.

Herr Brinkmann bestätigt dieses.

Herr Micke fragt nach den Kosten für die Containeranlage sowie nach der Anzahl der Module der Containeranlage.

Herr Brinkmann erläutert, dass sich die Kosten im Kostenrahmen befinden, aber eine Umschichtung der investiven Mittel in konsumtive Mittel erforderlich sei. Die Containeranlage bestehe aus 27 Modulen im Erdgeschoss. Diese werden zum Sommer 2025 errichtet. Die vorhandene Anlage werde im Sommer 2026 um eine ähnliche Anzahl von Modulen als Obergeschoss mit einer entsprechenden Treppenanlagen erweitert.

Herr Bücking fragt nach, warum die Standzeit für 21 Monate geplant sei, wenn nur 8 Monate Bauzeit zu erwarten seien.

Herr Hänsel erläutert, dass durch die Verzögerung von 8 Monaten eine sehr komplizierte Lösung innerhalb der Schule stattfinde und die Schule glaubhaft gemacht habe, dass die Aufstellung für einen längeren Zeitraum für den täglichen Schulalltag erforderlich sei. Die Aufstellung der Containeranlage erfolge ab dem Schuljahr 2025/2026.

Herr Kretschmer fragt für die SPD-Fraktion nach, ob es Maßnahmen gebe, die die Verzögerung wieder minimieren könnte, z.B. durch Samstagsarbeiten oder längere Arbeitszeiten.

Herr Hänsel antwortet, dass es selbstverständlich Gespräche mit den Firmen gegeben habe und z.B. durch Aufstockung des Personals versucht wurde, die Verzögerungen so gering wie möglich zu halten.

Herr Bücking schlägt vor, die aktuelle Sachstandlage des Schulzentrums als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung aufzunehmen und den Sachverhalt darzustellen.

Herr Volmer teilt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. mit, dass die Begrenzungslinien auf dem Konrad-Adenauer-Ring, von der Ampel aus kommend zwischen der

Holtwicker Straße / Ecke Reifen LÖB in Richtung Borkener Straße / Loburger Straße fehlen und bittet die Verwaltung, sich mit Straßen NRW in Verbindung zu setzen und den Wunsch entsprechend weiter zu geben.

Herr Hänsel bestätigt dieses.

Herr Kretschmer fragt für die SPD-Fraktion nach, wie der aktuelle Sachstand zur Aufstellung der Picknick-Bänke in der Bauerschaft Sirksfeld sei.

Herr Hänsel teilt mit, dass die Antwort im Protokoll erfolge.

Antwort Stadtmarketing Verein Coesfeld e.V.:

Die Errichtung einer Picknickbank am Knotenpunkt 6 soll in jedem Fall in diesem Jahr durch einen Klein-LEADER-Antrag realisiert werden, vorausgesetzt wir bekommen den Förderzuschlag. Der entsprechende Förderantrag wird derzeit vorbereitet und alle erforderlichen Maßnahmen werden in die Wege geleitet. Zusätzlich wird geprüft, welche weiteren Standorte entlang der Knotenpunktroute sich für die Aufstellung weiterer Picknickbänke eignen. Falls geeignete Standorte identifiziert werden, sollen auch diese in den Klein-LEADER-Antrag aufgenommen werden und müssen noch in diesem Jahr errichtet werden. Hierfür sind allerdings Fristen einzuhalten, die keine lange Suche ermöglichen. Sollte bis Ende des Monats Februar seitens der Politik und der Verwaltung kein weiterer geeigneter Knotenpunkt gefunden werden, wird der Klein-LEADER-Antrag ausschließlich für die alleinige Picknickbank am Knotenpunkt 6 gestellt. Dies hätte zur Folge, dass bei einem erneuten Antrag für ein ähnliches Projekt möglicherweise eine alternative Fördermöglichkeit gesucht werden muss, da die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass LEADER dieselbe Maßnahme mehrfach fördert.

Fazit:

1. Die Errichtung der Picknickbank am Knotenpunkt 6 wird mit einem Klein-LEADER-Antrag realisiert, vorausgesetzt wir bekommen den Förderzuschlag.
2. Weitere Standorte entlang der Knotenpunktroute werden geprüft.
3. Falls keine zusätzlichen Standorte identifiziert werden, bleibt der Antrag auf Knotenpunkt 6 beschränkt.

Thomas Bücking
Vorsitzender

Kathrin Beunings
Schriftführerin